

Sehr geehrte Frau Ministerin Prien,

„Neue Besen kehren gut“ – Sie kennen den Spruch. Wir sind ja beide aus Schleswig-Holstein, dort heißt es: **"Ne'e Besen keert goed"** In diesem Sinne wünsche ich Ihnen gutes Gelingen und den Mut, **den Schutt** aufzuräumen, den die grüne Vorgängerin hinterlassen hat.

Wer einen Sumpf **trockenlegen** will, darf bekanntlich die Frösche nicht fragen. Damit bin ich schon beim Thema, nämlich dem sogenannten **NGO-Komplex**.

Die vergangene Ampelregierung unterstützte gerade einmal **12 Tage** vor dem letzten Wahlsonntag eine Großkundgebung gegen die damaligen Oppositionsparteien, **Union, AfD und FDP**, wie man bei NIUS nachlesen konnte. In Suhl wurde nämlich eine Demonstration gegen diese drei Parteien durch ein von der

Bundesregierung **finanziertes** Bündnis angemeldet. Der Flyer dieses **Bündnisses für Demokratie und Toleranz** sorgte für Aufsehen, denn darauf war das Bundesfamilienministerium als offizieller Partner gelistet – und das auch noch **völlig zu Recht**, denn von diesem wurde das Bündnis bezahlt.

Als das bekannt wurde, beeilte sich das Ministerium, seine Geldempfänger zu belehren, mit öffentlichen Mitteln dürften, **Achtung:** „keine Maßnahmen gefördert werden, die zielgerichtet **für** eine politische Partei werben oder zielgerichtet **gegen** eine politische Partei Einfluss nehmen.“

Aber: die ertappten Frösche haben einfach fröhlich weitergequackt.

Erst letztes Wochenende wurde bundesweit zu Demonstrationen gegen uns aufgerufen. Das **kann** man auch gern – allerdings verbietet sich das für staatlich geförderte NGO´s. **Und**: was sehen wir?

Das hinter den Demonstrationen stehende Bündnis „Zusammen gegen Rechts“ nennt sich „Bundesweites Netzwerk gegen AfD“. Im Impressum steht der Verein „Campakt e.V.“, der wiederum Hauptgesellschafter der **„HateAid“** ist, die seit ihrer Gründung **aus Ihrem Haus** 4,7 Millionen Euro Steuergeld erhalten hat. Zur Kampagne gehörten außerdem weitere Organisationen, die zusammen weit mehr als 4 Millionen Euro Staatsgeld kassiert haben.

Die Bürger, Frau Ministerin, erwarten, daß unser Staat sich politisch strikt neutral und rechtskonform verhält. Die Vorgängerin in Ihrem Amt scheint vergessen zu haben, daß die vollziehende Gewalt nach Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz an Gesetz und Recht gebunden ist. Ich wünsche Ihnen **Erfolg** dabei, diesen Grundsatz in Ihrem Hause wiederzubeleben.

Frau Ministerin, seien Sie kein Frosch: „**Just tuuh dat!**“

Oder damit hier alle mitkommen: „just do it!“

Vielen Dank